

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Irak-Kolloquium gestern in Vaduz

Gestern fand im Hotel «Schlössle» in Vaduz ein Kolloquium mit internationaler Beteiligung statt, das sich dem Thema der irakischen Aggression gegen Kuwait und den daraus folgenden Problemen für die internationale Sicherheit widmete. International anerkannte Experten, insbesondere aus dem Bereich des Militärs und der politischen Wissenschaft, beschäftigten sich mit Fragen des Kräfteverhältnisses im Golf, der neuen Ordnung in der Golfregion sowie mit Sicherheitsaspekten in der mittelöstlichen Region. Gemäss dem Programm wird das Kolloquium heute Samstag und morgen Sonntag weitergeführt. Das internationale Treffen stand unter der Ehrenpräsidenschaft von Fürst Hans-Adam II.

## CSFR: Unfall in Kernkraftwerk

Prag (spk/dpa) Hundert Liter radioaktiver Flüssigkeit sind bereits am vergangenen Sonntag bei der Reinigung eines Kessels im Reaktorsaal des slowakischen Kernkraftwerkes A1 in Jaslovske Bohunice ausgetreten. Das berichtete die amtliche Nachrichtenagentur CTK unter Berufung auf die staatliche Aufsichtsbehörde für Atomicherheit am Freitag. Das Personal habe keine Strahlenschäden erlitten, hiess es. Auch seien die radioaktiven Stoffe nicht ausserhalb des Kraftwerkes gelangt. Die staatliche Aufsichtsbehörde untersuche nun, warum die Werkleitung den Unfall erst mit Verspätung gemeldet habe.

## Der Geist der Mitmenschlichkeit sollte in uns zu brennen beginnen

Eine Betrachtung zum Festtag Pfingsten – die Pfingstfeuerflammen müssen in den Herzen der Menschen brennen

Viele Pfingstdarstellungen in der abendländischen Kunst zeigen uns die Feuerflammen des Heiligen Geistes, wie sie über den Köpfen Marias und der Apostel schweben. Heute müssten wir uns das wohl anders vorstellen: Die Feuer des Geistes müssten in den Herzen der betroffenen Frauen und Männer brennen. Denn Religion, die über den Köpfen schwebt, hat ihre Glaubwürdigkeit verloren. Religion von oben bringt nichts für unsere Lebensgestaltung und unser Heil. Da hilft auch dogmatisches Insistieren wenig.

Den Religionen und Kirchen würde es gut bekommen, mehr darauf zu achten, was in den Herzen der Menschen brennt. Pfingsten könnte sich nämlich genau dort ereignen, wo niemand Religion erwartet: mitten unter unseren epochalen Herausforderungen und alltäglichen Erfahrungen. Denn Geist ist da, wo's brennt: in uns, nicht über uns, an der Basis, nicht bei der Führung, im Chaotischen, nicht im Verwalteten, im Widerstand, nicht im System, im Lebenbejahenden, nicht im Lebensfremden, auf der Suche nach einer gerechten Weltordnung, nicht in der Verteidigung des Status quo.

Das von den Kirchen in Anlehnung an eine altjüdische Tradition ausgerufenen «Halljahr» weist die Christinnen und Christen auf Probleme hin, die brennen. Massenelend in der Dritten Welt,

Armut auch bei uns, meist unter Frauen; Gewaltausbrüche in Kriegen und im Alltag; Migration von Flüchtlingen, drohende Klimakatastrophen und Umweltzerstörungen.

Solche Probleme sind brennend, wir wissen es, deshalb das weitverbreitete Interesse, solche Probleme wegzuschieben und zu verdrängen. Sie brennen, ja sie überfordern unsere Kräfte und Köpfe.

Auch im Pfingstsaal sassen Menschen, die waren überfordert. Ihre Hoffnung wurde gekreuzigt. Erst einige wenige, vor allem Frauen, haben von Auferstehung und Zukunft gesprochen. Trauer, Resignation, Überforderung bedrückte sie. Bis es dann in ihren Herzen zu brennen anfang.

Die wenigen Leute, die heute mit brennenden Herzen unter uns leben, sich engagieren für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, solche Leute sind Trägerinnen und Träger des Heiligen Geistes. So lebt Pfingsten weiter, unter uns.

Wenige Leute? Beginnt nicht in unserem Herzen, liebe Leserin, lieber Leser, ab und zu zu brennen. Religiös sein heisst auf das eigene Feuer zu achten: Es könnte der Geist der Gerechtigkeit sein, der Geist des Friedens, der Geist der Mitmenschlichkeit und der Geist der Mitgeschöpflichkeit. Er könnte uns lebendig machen. (Toni Bernet, spk)

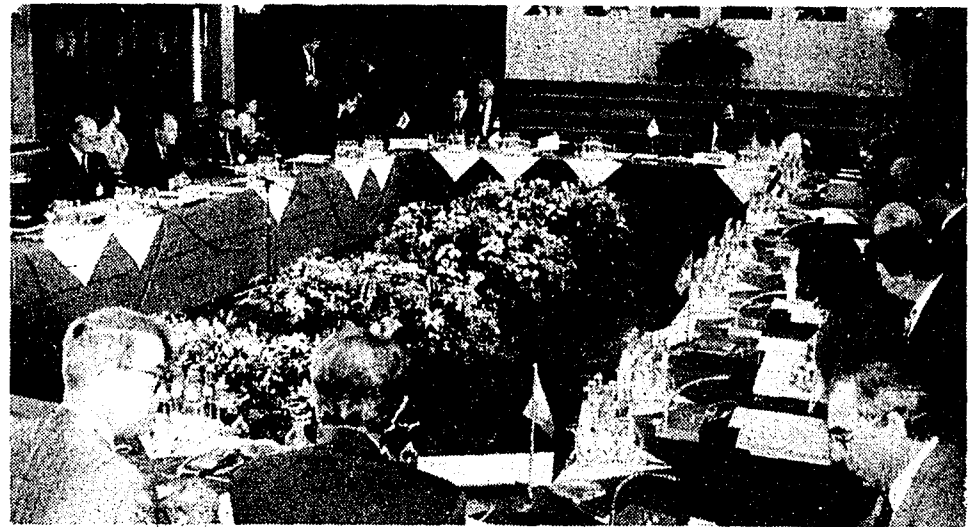


Als der Tag für das Pfingstfest gekommen war, waren sie alle beisammen am gleichen Ort. Da erhob sich plötzlich vom Himmel her ein Brausen wie von einem daherkommenden gewaltigen Sturm und erfüllte das ganze Haus, in dem sie weilten. Es erschienen ihnen Zungen wie von Feuer, die sich verteilten und einzeln herabsenkten auf einen jeden von ihnen; und alle wurden erfüllt vom Heiligen Geist und fingen an, in anderen Zungen zu reden, so wie der Geist ihnen zu sprechen verlieh. Apg. 2, 1-4.

(Bild: Brigitt Risch)

## Die N+N-Aussenminister wollen ihre Zusammenarbeit fortsetzen

Abschluss der Konferenz der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten auf Aussenministerebene in Vaduz – Aufnahmegesuch Albanien in die KSZE



Im Vaduzer Rathaus fand die Arbeitstagung der Aussenminister der neutralen und nichtpaktgebundenen Aussenminister statt. Die Regierung hatte die N+N-Staaten zu dieser Konferenz eingeladen. Die nächste Konferenz wird in der Schweiz stattfinden.

(G.M.) – Die Zusammenarbeit der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten (N+N) im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) soll weitergeführt werden. Zu diesem Schluss kamen die N+N-Aussenminister an ihrer Tagung am Freitag im Rathaus Vaduz. In einem Communiqué bekräftigten die Minister unter dem Vorsitz von Regierungschef Hans Brunhart, dass die Zusammenarbeit auch unter veränderten Voraussetzungen mit dem Wegfall der Blöcke notwendig sei und ihre Berechtigung weiterhin habe.

Die aus Finnland, Jugoslawien, Liechtenstein, Österreich, San Marino, Schweden, der Schweiz und Zypern bestehende Staatengruppe wird ihre nächste Tagung in der Schweiz abhalten. Die Aussenminister nahmen zustimmend Kenntnis von der Einladung durch Aussenminister René Felber, der sich bereits am Donnerstag zu einem offiziellen Besuch in unserem Land aufgehalten hat.

### Aufnahmegesuch Albanien

Wie Regierungschef Hans Brunhart an der Pressekonferenz ausführte, befassten sich die Aussenminister mit dem Aufnahmegesuch Albanien in die KSZE. Nach Auffassung der N+N-Gruppe sollte Al-

banien Vollmitglied der KSZE werden, doch vorerst seinen Reformkurs fortsetzen, damit es die KSZE-Anforderungen erfüllen könne. Albanien soll vorübergehend den Beobachterstatus in der KSZE erhalten. Die Minister befassten sich gemäss Communiqué mit den Umwälzungen in Europa und betonten die Wichtigkeit aller Massnahmen zur Überbrückung der wirtschaftlichen und sozialen Kluft in Europa. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll zusammen mit Reformen und demokratischen Umgestaltungen dazu beitragen, die Stabilität und die Sicherheit zu erhöhen.

### Zypern-Frage in Erwägung ziehen

Im Rückblick auf das Pariser KSZE-Gipfeltreffen begrüsst die N+N-Aussenminister die neuen Strukturen der KSZE mit der Schaffung neuer Institutionen, insbesondere die Möglichkeit von Dringlichkeitsverfahren. Ferner würdigten sie die Rolle des Europarates nach dem Umbruch in Osteuropa und sprachen sich für die Durchführung des geplanten Expertentreffens für nationale Minderheiten aus. Sie hoben überdies in ihrem Communiqué hervor, dass die noch ausstehenden Probleme in Europa in Übereinstimmung mit der Schlussakte



Abschluss der N+N-Aussenministerkonferenz in Vaduz mit einer Pressekonferenz im Rathaus. Die Aussenminister unter dem Vorsitz von Regierungschef Hans Brunhart stellten sich den Fragen der internationalen Medien. (Bild: Beat Schurte)

der KSZE und der UNO-Charta gelöst werden sollten, und vertraten den Standpunkt, dass die Zypern-Frage im Zusammenhang mit der KSZE in Erwägung gezogen werden sollte. Der Aussenminister Zyperns, George Iacovou, erklärte an der Pressekonferenz zu dieser Frage, dass Zypern erwarte, dass sich die Berliner Konferenz mit der Angelegenheit von Zypern befassen werde.

### Rolle des Europarates

Die Aussenminister unterstrichen die Wichtigkeit sicherheitsfördernder Massnahmen, die auf der Tagesordnung der Berliner Konferenz stehen werden, und sprachen sich für das geplante Expertentreffen für nationale Minderheiten aus. Ausserdem würdigten sie die Rolle des Europarates zur Förderung der Menschenrechte und der Durchsetzung demokratischer Prinzipien sowie zur Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit. Sie begrüsst die Bereitschaft des Europarates, seine Erfahrungen der KSZE zur Verfügung zu stellen und unterstrichen, dass der Europarat eingeladen werden sollte, beim Moskauer Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension seinen Beitrag zu leisten. Schliesslich sprachen sich die N+N-Aussenminister,

wie Regierungschef Brunhart an der Pressekonferenz unterstrich, für eine gründliche Vorbereitung des KSZE-Gipfels in Helsinki 1992, der den KSZE-Staaten wiederum die Gelegenheit für eine weitere Zusammenarbeit geben werde.

### Treffen Mock – Loncar

Über die Problematik der jugoslawischen Krise wurde nach Auskunft von Regierungschef Brunhart an der Arbeitstagung nicht direkt gesprochen, weil diese Thematik nicht auf der Tagesordnung der Konferenz gestanden habe. Der jugoslawische Aussenminister hielt sich kurz in seiner Antwort und gab lediglich seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Verfassungskrise bald gelöst werden könne. Wie zu erfahren war, haben sich am Freitag vormittag Budimir Loncar, der Aussenminister Jugoslawiens, und der österreichische Aussenminister Alois Mock zu einer längeren Aussprache getroffen.

Mock habe dabei seinem Amtskollegen den Vorschlag für das von ihm vor kurzer Zeit propagierte «Weisentreffen» zur Lösung der jugoslawischen Krise erläutert, dabei aber betont, dass sich Österreich nicht in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einmischen wolle.

## Gorbatschow verbietet Streiks

Moskau (AP) Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow hat am Donnerstag per Dekret Streiks in den energiepolitischen Schlüsselsektoren wie Kohle, Erdöl und Erdgas verboten. In einer vom sowjetischen Fernsehen und von der Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Erklärung begründete er dies damit, dass die wirtschaftliche Lage besondere Massnahmen erfordere. Der sowjetische Ministerpräsident Valentin Pawlow kündigte ein wirtschaftliches Antikrisenprogramm an, dessen Einzelheiten am Montag bekanntgegeben werden sollen.

## Kroatien stimmt über Selbständigkeit ab

Zagreb (spk/dpa) 3,5 Millionen Bürger der zweitgrössten jugoslawischen Republik, Kroatien, sind am Sonntag aufgerufen, über die «Selbständigkeit und Souveränität» eines «Staates Kroatien» zu entscheiden. Nach letzten Umfragen wird bei einer Stimmbeteiligung zwischen gegen 90 Prozent mit einem klaren Ja gerechnet.

Die 12prozentige serbische Minderheit in Kroatien boykottiert die Volksabstimmung. Sie hatte schon letzte Woche ihr eigenes Referendum durchgeführt, in dem sich die Serben für die Abspaltung von Kroatien und den Anschluss an die Republik Serbien ausgesprochen hatten.

**BRILLEN**

**AUGEN- OPTIKMARXER**

Vaduz  
Stadtlemarkt  
Tel. 28202